

Protokoll der 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2015 - öffentlicher Teil

Datum: 21.04.2015

Zeit: 17:00 Uhr – 18.55 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch	SPD/BVB	
Herr Christian Hartphiel	SPD/BVB	bis 18:43 Uhr
Herr Uwe Neumann	SPD/BVB	in Vertretung für Herrn Fleischmann

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU
Herr Andreas Meyer	CDU
Herr Tobias Schween	CDU

Fraktion DIE LINKE

Frau Madlen Bismar	DIE LINKE	
Herr Reiner Prodöhl	DIE LINKE	in Vertretung für Frau Wenzel

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP
------------------	-----

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerd Henselin	Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher mbH	
Frau Susann Höft	Angermünder Bildungswerk e.V.	
Frau Sylvia Konang	Kreissportjugend Uckermark	
Herr Reinhard Mahnke	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.	
Frau Marion Mangliers	AWO Kreisverband Uckermark e.V.	
Frau Anja Springborn	EJF gemeinnützige AG "Am Talsand" Schwedt/Oder	in Vertretung für Frau Jordan-Nimsch

Beratende Mitglieder

Frau Ute Armenat	Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragte	
Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter	
Herr Matthias Genschow	Amtsleiter Jugendamt	
Herr Roland Klatt	Staatliches Schulamt Eberswalde	
Frau Anja Weckert	Bundesagentur für Arbeit (Träger SGB III)	
Herr Torsten Gärtner	Kreiselternrat	
Frau Heike Hellwig-Kluge	Kreissportbund Uckermark	bis 18.30 Uhr
Herr Holger Schubert	Evangelische Kirche	
Herr Stefan Schulz-Günther	Kreisrat der Lehrkräfte	

Verwaltung

Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrat
Herr Bernd Brandenburg	3. Beigeordneter
Herr Heiko Stäck	Jugendamt / SGL Jugend- förderung/Kita
Frau Zech	Jugendamt / SGL Vormund- schaften

Gäste

Frau Zwoch-Mempel	"Kinder- und Jugendhilfe Lebenshilfe Uckermark gGmbH"
Frau Sylvia Steinhauser	
Frau Hannelore Bock	

Schriftführer

Frau Michaela Felgener	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Abwesende Ausschussmitglieder:**SPD/BVB-Fraktion**

Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB	entschuldigt
---------------------------	---------	--------------

Fraktion DIE LINKE

Frau Evelin Wenzel	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sigrid Jordan-Nimsch	EJF gemeinnützige AG DSPZ "Am Talsand" Schwedt/Oder	entschuldigt
---------------------------	--	--------------

Beratende Mitglieder

Frau Susanne Krasemann	Gesundheits- und Veterinär- amt	entschuldigt
Herr Dietmar Schulze	Landrat	entschuldigt
Frau Resi Achterberg	Kreisrat der Schülerinnen und Schüler	
Herr Dekan Bernhard Kohnke	Katholische Kirche	
Herr Roger Schippers	Amtsgericht Prenzlau	entschuldigt
Frau Sandra Urland	Polizeibehörde	

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Bretsch begrüßt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die Verwaltungsspitze, die weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Medien sowie alle Gäste. Er stellt fest, dass alle 15 stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses anwesend sind und der Jugendhilfeausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Bretsch stellt fest, dass die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung

Herr Bretsch informiert, dass am 08.04.2015 unter DS-Nr.: AN/268/2015 noch ein Antrag der CDU-Fraktion fristgerecht eingereicht wurde. Aus organisatorischen Gründen konnte dieser jedoch nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Er schlägt vor, diesen Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 7.1 Anträge zu beraten.

Herr Bretsch gibt zur Kenntnis, dass die SPD/BVB-Fraktion noch einen Antrag zur heutigen Sitzung eingereicht hat und begründet die Dringlichkeit des nicht fristgemäß eingereichten Antrages gemäß § 5 Absatz 3 Geschäftsordnung u. a. damit, dass

1. die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Evaluierung der Planungsgruppe PETRA Gegenstand der Beratungen im Jugendhilfeausschuss werden und
2. letztlich der Jugendhilfeausschuss die Hand darauf hält, wie dann mit den Ergebnissen und Schlussfolgerungen umgegangen wird.

Ziel der Planungsgruppe ist es, am 30.09.2015 mit der Evaluierung fertig zu sein. Daher sollte der Jugendhilfeausschuss bestrebt sein, noch im Jahre 2015 über die Ergebnisse informiert zu werden.

Der Jugendhilfeausschuss stellt die Dringlichkeit des Antrages fest und stimmt der Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Herr Bretsch schlägt vor, den Antrag der Fraktion als TOP 7.2 in die Tagesordnung einzuordnen.

(Der Antrag wurde im Nachgang zur Sitzung als DS-Nr.: AN/300/2015 registriert.)

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.02.2015 - öffentlicher Teil
4. Informationen
 - 4.1 Aktuelle Fallzahlentwicklung bei Kindeswohlgefährdung
 - 4.2 Vorstellung des Sachgebietes Vormundschaft/Unterhalt
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
- 7.1. Erläuterungen zur Organisation und Aufgabenverteilung des Jugendamts AN/268/2015
- 7.2. Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses in den Gesamtprozess der Auswertung der Evaluierungsergebnisse der Planungsgruppe PETRA bezüglich der Um- und Neustrukturierung des Jugendamtes AN/300/2015
8. Ergänzung der Rahmenvereinbarung für Leistung, Qualitätsentwicklung und Entgelte in der Jugendhilfe BV/234/2015
9. Förderung des Eltern-Kompetenz-Zentrums als niederschwelliges Angebot im Landkreis Uckermark BV/245/2015
10. Anerkennung der "Kinder- und Jugendhilfe Lebenshilfe Uckermark gGmbH" als Träger der freien Jugendhilfe BV/258/2015

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Tagesordnung des öffentlichen Teiles der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 3: Bestätigung des Protokolls der 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.02.2015 - öffentlicher Teil

Herr Bretsch stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen das Protokoll der 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (5. Wahlperiode) am 17.02.2015 – öffentlicher Teil - eingegangen sind und das Protokoll damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

zu TOP 4.1: Aktuelle Fallzahlentwicklung bei Kindeswohlgefährdung

Herr Genschow informiert über den aktuellen Stand der Kindeswohlgefährdungen (KWG) im Landkreis Uckermark. Er teilt mit, dass zum Stichtag 17.04.2015 insgesamt 49 Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen im Jugendamt des Landkreises

eingegangen sind, von denen sich 30 nicht bestätigt haben und 19 als Kindeswohlgefährdungen eingeschätzt wurden.

zu TOP 4.2: Vorstellung des Sachgebietes Vormundschaft/Unterhalt

Frau Zech stellt das Sachgebiet Vormundschaft/Unterhalt anhand einer Power-Point-Präsentation (**siehe Anlage 1**) vor.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Frau Steinhauser hat diverse Fragen zu den Pflegekinderseminaren aus 2014 sowie zur personellen Situation im Jugendamt an den Jugendamtsleiter, die ihrerseits noch schriftlich nachgereicht werden.

Herr Bretsch sagt Frau Steinhauser die Beantwortung ihrer Fragen zu, sofern diese schriftlich vorliegen.

Auf entsprechende Nachfrage von Frau Steinhauser zum Qualitätshandbuch merkt Herr Bretsch an, dass dieses zur täglichen Arbeit der Mitarbeiter gehört und auch stetig aktualisiert wird.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Bretsch stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 7: Anträge

zu TOP 7.1: Erläuterungen zur Organisation und Aufgabenverteilung des Jugendamts AN/268/2015

Herr Bretsch schlägt vor, die Anträge zu TOP 7.1 und 7.2 gemeinsam zu erörtern und getrennt über die Anträge abzustimmen.

Herr Dr. Gerlach nimmt zum Antrag AN/268/2015 Stellung. Als Anlass hierfür sieht er den Bericht in der MOZ und das Fehlen der Thematik auf der Tagesordnung zur heutigen Sitzung.

Er merkt an, dass die CDU-Fraktion der Meinung ist, dass der Jugendhilfeausschuss über bestehende Probleme, insbesondere personelle, unaufgefordert im Rahmen der Sitzungen informiert werden sollte.

Herr Bretsch folgt den Ausführungen uneingeschränkt. Problematisch sieht er den 2. Absatz des Antrages und begründet dies. Er teilt mit, dass er sich als frei gewählter Abgeordneter nicht durch andere zensieren lässt und hofft, dass dieses seitens der CDU-Fraktion nicht beabsichtigt war.

Herr Dr. Gerlach bittet das Missverständnis zu entschuldigen.

Herr Bretsch macht anschließend kurze Ausführungen zur Jugendgerichtshilfe, zum Bereich Allgemeiner sozialer Dienst und zu Arbeitsgemeinschaften nach § 78.

Herr Meyer äußert sich zur DS-Nr.: AN/268/2015 und zum Thema „Jugendgerichtshilfe“. Herr Fillbrunn und Herr Henselin nehmen zum Thema „Jugendgerichtshilfe“ Stellung.

Herr Bretsch beantragt das Rederecht für Frau Bock und begründet diesen Antrag mit der Brisanz der Thematik „Jugendgerichtshilfe“ und den Erfahrungen, die diese als langjährige, ehemalige Mitarbeiterin im Jugendamt besitzt.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Frau Bock äußert ihr Erstaunen darüber, dass die Problematik „Jugendgerichtshilfe“ derzeit ein so brisantes Thema darstellt. Nach ihrem Kenntnisstand ist die Thematik seit mehreren Jahren bekannt.

Herrn Bretsch macht anschließend Ausführungen zum Bereich Allgemeiner sozialer Dienst (ASD). Zu den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 erörtert er, dass folgende Arbeitsgruppen (AG) bestehen:

„AG Kita“ (Sprecherin Frau Glogau) und „AG Hilfe zur Erziehung“ (Sprecherin Frau Zwoch-Mempel).

Herr Bretsch weist noch daraufhin, dass beide Sprecherinnen aufgrund bestehender Festlegungen regelmäßig Einladungen zu den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vom Fachamt erhalten.

Herr Bretsch beantragt vor diesem Hintergrund für beide Sprecherinnen (Frau Zwoch-Mempel für die AG nach § 78 – „Hilfe zur Erziehung“ und Frau Glogau AG nach § 78 „Kita“) Rederecht für den Rest dieser Wahlperiode, um die Arbeit im Ausschuss zu vereinfachen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Herr Bretsch schlägt vor, die Anträge zu TOP 7.1 und 7.2 gemeinsam zu erörtern und getrennt über die Anträge abzustimmen.

Herr Dr. Gerlach nimmt zum Antrag AN/268/2015 Stellung. Als Anlass hierfür sieht er den Bericht in der MOZ und das Fehlen der Thematik auf der Tagesordnung zur heutigen Sitzung.

Er merkt an, dass die CDU-Fraktion der Meinung ist, dass der Jugendhilfeausschuss über bestehende Probleme, insbesondere personelle, unaufgefordert im Rahmen der Sitzungen informiert werden sollte.

Herr Bretsch folgt den Ausführungen uneingeschränkt. Problematisch sieht er den 2. Absatz des Antrages und begründet dies. Er teilt mit, dass er sich als frei gewählter Abgeordneter nicht durch andere zensieren lässt und hofft, dass dieses seitens der CDU-Fraktion nicht beabsichtigt war.

Herr Dr. Gerlach bittet das Missverständnis zu entschuldigen.

Herr Bretsch macht anschließend kurze Ausführungen zur Jugendgerichtshilfe, zum Bereich Allgemeiner sozialer Dienst und zu Arbeitsgemeinschaften nach § 78.

Herr Meyer äußert sich zur DS-Nr.: AN/268/2015 und zum Thema „Jugendgerichtshilfe“. Herr Fillbrunn und Herr Henselin nehmen zum Thema „Jugendgerichtshilfe“ Stellung.

Herr Bretsch beantragt das Rederecht für Frau Bock und begründet diesen Antrag mit der Brisanz der Thematik „Jugendgerichtshilfe“ und den Erfahrungen, die diese als langjährige, ehemalige Mitarbeiterin im Jugendamt besitzt.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Frau Bock äußert ihr Erstaunen darüber, dass die Problematik „Jugendgerichtshilfe“ derzeit ein so brisantes Thema darstellt. Nach ihrem Kenntnisstand ist die Thematik seit mehreren Jahren bekannt.

Herrn Bretsch macht anschließend Ausführungen zum Bereich Allgemeiner sozialer Dienst (ASD). Zu den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 erörtert er, dass folgende Arbeitsgruppen (AG) bestehen:

„AG Kita“ (Sprecherin Frau Glogau) und „AG Hilfe zur Erziehung“ (Sprecherin Frau Zwoch-Mempel).

Herr Bretsch weist noch daraufhin, dass beide Sprecherinnen aufgrund bestehender Festlegungen regelmäßig Einladungen zu den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vom Fachamt erhalten.

Herr Bretsch beantragt vor diesem Hintergrund für beide Sprecherinnen (Frau Zwoch-Mempel für die AG nach § 78 – „Hilfe zur Erziehung“ und Frau Glogau AG nach § 78 „Kita“) Rederecht für den Rest dieser Wahlperiode, um die Arbeit im Ausschuss zu vereinfachen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Dr. Gerlach fragt den Vorsitzenden, ob es rechtlich geprüft sei, ob es zulässig sei, ein Rederecht für nicht nur die aktuelle, sondern auch für alle folgenden Ausschusssitzungen der Wahlperiode zu beschließen. Der Vorsitzende bejaht dies.

In der anschließenden Diskussion begründet Herr Dr. Gerlach nochmals die DS-Nr.: AN/268/2015. Herr Henselin und Herr Meyer sprechen in diesem Zusammenhang die derzeit laufende Evaluierung an.

Herr Dr. Gerlach schlägt vor zunächst über den Antrag AN/300/2015 und dann über den Antrag AN/268/2015 abzustimmen, was von den Ausschussmitgliedern befürwortet wird.

Herr Regler hält eine Beschlussfassung des Antrages AN/268/2015 für überflüssig, da mit dem Antrag AN/300/2015 weitgehend gleiche Inhalte beschlossen werden sollen.

Im weiteren Verlauf legt die CDU-Fraktion eine neue Version ihres Antrages vor (DS-Nr.: AN/268/2015/1), durch die Beschlussvorschlag neu gefasst wurde.

(Frau Hellwig-Kluge geht um 18.30 Uhr.)

In der anschließenden Diskussion begründet Herr Dr. Gerlach nochmals die DS-Nr.: AN/268/2015. Herr Henselin und Herr Meyer sprechen in diesem Zusammenhang die derzeit laufende Evaluierung an.

Herr Dr. Gerlach schlägt vor zunächst über den Antrag AN/300/2015 und dann über den Antrag AN/268/2015 abzustimmen, was von den Ausschussmitgliedern befürwortet wird.

Herr Regler hält eine Beschlussfassung des Antrages AN/268/2015 für überflüssig, da mit dem Antrag AN/300/2015 weitgehend gleiche Inhalte beschlossen werden sollen.

Im weiteren Verlauf legt die CDU-Fraktion eine neue Version ihres Antrages vor (DS-Nr.: AN/268/2015/1), durch die Beschlussvorschlag neu gefasst wurde.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem AN/268/2015/1 zu und beschließt:

„Der Landrat wird gebeten, den gegenwärtigen Stand der Organisation und der Aufgabenverteilung des Jugendamts im Jugendhilfeausschuss vorzutragen und in den letzten Jahren stattgefundenen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation darzustellen.

Der Landrat wird gebeten, zu dem Bericht der MOZ vom 19.03.2015 Stellung zu nehmen.

Dort heisst es:

„Auch Vorsitzender Frank Bretsch (SPD) weiß von den Problemen und der derzeit wachsenden internen wie externen Kritik. Die Behörde habe eine kleine Reform hinter sich gebracht, wobei einige Dinge beibehalten, andere verändert wurden. So habe man die regionale und fachliche Zuständigkeit einzelner Mitarbeiter beibehalten, ebenso die Arbeitsgemeinschaften in den Fachbereichen.

Doch die Jugendgerichtshilfe müsse man nach Angaben von Frank Bretsch in diesem Jahr neu besprechen, um die Interessen von Jugendlichen vor Gericht zu vertreten. Die Familiengerichte verlangen die fachliche Einschätzung von Mitarbeitern der Behörde.

Zu den Ausfallzeiten in der Behörde hat sich Bretsch mit dem Landrat verständigt. "Wir müssen ein Management absichern, das uns in die Lage versetzt, in sensiblen Zeiten wie zum Beispiel an Feiertagen bei Bedarf zu reagieren. Und zwar ohne Informationsverlust", sagt Frank Bretsch. Dazu zähle die Vertretung im Krankheitsfalle. "Fakt ist, dass die Arbeit im Jugendamt derzeit nicht optimal läuft", räumt Bretsch ein. "Es handelt sich um eine Beratungs- und Hilfebehörde. Gerade das muss in der Zukunft berücksichtigt werden." Bretsch verspricht eine bessere Beteiligung der Mitarbeiter an den abschließenden Entscheidungen. Auch er hofft auf die Ergebnisse der externen Begutachtung, die unter anderem die Schwerpunkte im Landkreis herausarbeiten soll.“

Der Landrat wird gebeten darzustellen, welche Maßnahmen er zur Verbesserung der Arbeit des JA vorsieht.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich Nein: 1 Enthaltungen: 2

(Frau Hellwig-Kluge geht um 18.30 Uhr.)

**zu TOP 7.2: Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses in den Gesamtprozess der Auswertung der Evaluierungsergebnisse der Planungsgruppe PETRA bezüglich der Um- und Neustrukturierung des Jugendamtes
AN/300/2015**

*Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem AN/300/2015 zu und beschließt:
„Der Landrat wird gebeten, nach Beendigung der Evaluation der Strukturveränderungen im Jugendamt durch die Planungsgruppe PETRA die Ergebnisse der Evaluation sowie die Schlussfolgerungen der Verwaltung in Bezug auf mögliche notwendige Veränderungen im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 8: Ergänzung der Rahmenvereinbarung für Leistung, Qualitätsentwicklung und Entgelte in der Jugendhilfe
Vorlage: BV/234/2015**

Herr Mahnke ist der Auffassung, dass die LQEV durch den Landkreis in Kraft gesetzt wurde und dementsprechend nur durch diesen geändert werden kann. Weiterhin bezweifelt er, dass für die Erarbeitung 2 Arbeitsgruppen (AGen) ausreichend sind.

Frau Zwoch-Mempel erörtert, dass seitens der „AG Hilfe zur Erziehung“ Unter-Arbeitsgruppen gebildet wurden. Da diese noch nicht alle ihre Beratungen abgeschlossen haben sowie noch rechtlich offene Fragen bestehen, bittet sie um die Vertagung der Beschlussfassung der vorliegenden Beschlussvorlage.

Herr Genschow spricht sich für, Frau Mangliers und Frau Zwoch-Mempel sprechen sich gegen eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung aus genannten Gründen aus.

Herr Bretsch schlägt vor, über das Formblatt (Nachweisblatt für ambulante Leistungen gem. §§ 30, 32 SGB VIII – Anlage 2 der DS-Nr.: BV/234/2015) in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.05.2015 gesondert zu befinden. Wobei die gesamte LQEV im Nachgang beschlossen werden sollte.

Herr Mahnke spricht sich gegen diese Vorgehensweise aus.

Herr Fillbrunn und Herr Genschow gehen noch mal auf die rechtliche Aspekte, wie z.B. die Rechtmäßigkeit der Unterschrift von Minderjährigen, ein.

(Herr Hartphiel geht um 18.43 Uhr.)

Herr Dr. Gerlach plädiert dafür, die Debatte an dieser Stelle zu beenden, da in der heutigen Sitzung kein beratungsentscheidendes Ergebnis zu erwarten ist. Er schlägt vor, die Beratung zu dieser Angelegenheit in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.05.2015 zu vertagen.

Herr Bretsch beantragt zur weiteren Verfahrensweise, die Beratung zur Drucksache BV/234/2015 in die September-Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu vertagen

und diese Sitzung dazu zu nutzen, zum Formblatt (Nachweisblatt für ambulante Leistungen gem. §§ 30, 32 SGB VIII – Anlage 2 der DS-Nr.: BV/234/2015) und den Hintergründen einen Vortrag seitens der Verwaltung zu erhalten, um ein Votum durch den Jugendhilfeausschuss in vorliegender Angelegenheit abzugeben.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 9: Förderung des Eltern-Kompetenz-Zentrums als niederschwelliges Angebot im Landkreis Uckermark
Vorlage: BV/245/2015**

Herr Genschow macht einleitende Ausführungen zur Beschlussvorlage.

*Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und beschließt:
„Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des Eltern-Kompetenz-Zentrums in der Stadt Prenzlau als niederschwelliges Angebot unter dem Vorbehalt einer Mitfinanzierung der Stadt Prenzlau.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 10: Anerkennung der "Kinder- und Jugendhilfe Lebenshilfe Uckermark gGmbH" als Träger der freien Jugendhilfe
Vorlage: BV/258/2015**

*Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und beschließt:
„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die „Kinder- und Jugendhilfe Lebenshilfe Uckermark gGmbH“ gemäß § 75 Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Herr Bretsch überreicht Frau Zwoch-Mempel eine Urkunde, durch die die "Kinder- und Jugendhilfe Lebenshilfe Uckermark gGmbH" als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt wird.

zur Kenntnis genommen:

gez. Frank Bretsch
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Michaela Felgener
Schriftführerin